

Der Beutelsbacher Konsens – Leitlinie für den Politikunterricht in Hamburg?

„Erst Beispiel **und** Gegenbeispiel rufen den Schüler zur Entscheidung auf, schärfen sein Urteil, machen den Unterricht zu einer lebendigen Auseinandersetzung und bewahren ihn vor einer trockenen Stoffanhäufung ...Bei solchen Diskussionen müssen die Probleme von mehreren, möglichst konträren Seiten angepackt werden, Vorurteile beseitigt, voreilige Urteile vermieden werden; dadurch wird dem Schüler bewusst gemacht, daß in einem demokratischen Gemeinwesen nicht immer eine einheitliche, für alle gültige Auffassung erreicht werden kann und dann auch nicht erreicht werden darf.

Die Schüler müssen zu der Fähigkeit erzogen werden, sich frei zu äußern, die eigene Meinung gut zu formulieren, aber auch die Gegenmeinung zu hören und sich von ihr berichtigen zu lassen. Dabei ist im Unterricht zu erreichen, dass ungeachtet der freien Meinungsäußerung immer die Sache zu ihrem Recht kommt ...

Rechthaberei, dialektische Kniffe und leeres Gerede sind ebenso zu vermeiden wie eine bloße Darstellung des Sachzusammenhangs, ohne den Willen zur eigenen Meinungsbildung herauszufordern.“

Quelle: Methodische Vorbemerkungen für den politischen Unterricht in den 10. Klassen der Gymnasien, xxx

Beutelsbacher Konsens (1976)

www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html (Hans-Georg Wehling 1977)

1. Überwältigungsverbot: Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der - rundum akzeptierten - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

***Überzeugungsgebot:** Der Pädagoge soll als **Propagandist der Partei** wirken und das richtige Bewusstsein in die Jugend „hineintragen“.*

2. Kontroversprinzip: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d.h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

*Kontroversität wird geleistet durch eine **materialistische Dialektik**, mit dem Dreischritt von These, Antithese und Synthese. Durch geistige Disziplin und Sachlichkeit wird eine dem Erkenntnisgegenstand innewohnende Logik freigelegt. Widersprüche auf der Ebene der alltagsweltlichen Erscheinungen und Erfahrungen werden aufgegriffen, aber unter Rückgriff auf wesenhafte **Gesetzmäßigkeiten** der gesellschaftlichen Höherentwicklung konsequent „aufgehoben“ (Einwandbehandlung).*

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung **operationaler Fähigkeiten** ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. [...]

*Das Interessengebot bedeutet leidenschaftliche **Parteilichkeit** durch konsequente Einnahme des Klassenstandpunkts in der Öffentlichkeit des Schülerkollektivs, was unter **Führung** des Pädagogen zur Emanzipation des „neuen sozialistischen Menschen“ führt.*

Erweiterungsvorschläge

1) Demokratie als normative Leitidee: „Politische Bildung versteht sich als Teil einer demokratischen politischen Kultur. Sie will mit pädagogischen Mitteln an der Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie mitwirken, denn nur demokratisch verfasste Gesellschaften können die pädagogisch intendierte Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler akzeptieren.“ (Wolfgang Sander, Bundeskongreß der DVPB in Erfurt 1994)

2) Längerfristiges Allgemeininteresse – Nachhaltigkeit und SDGs: „Der Schüler soll in die Lage versetzt werden, politische Probleme zu analysieren und sich in die Lage der davon Betroffenen hineinzusetzen sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie der die Problemlösung im Sinne seiner wohlverstandenen Eigeninteressen unter Berücksichtigung seiner Mitverantwortung für das soziale Zusammenleben und das politische Ganze beeinflussen kann.“ (Herbert Schneider Bad Urach 1996)

Literatur und Linkliste

Wie der Beutelsbacher Konsens entstand?

<https://www.lpb-bw.de/wiebeutelsbacherkonsensentstand.html>

Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hg.): Der Beutelsbacher Konsens. Schwalbach: Wochenschau 2017 (bei der Landeszentrale für politische Bildung vorrätig)

Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016

Transparenzkodex für Unterrichtsmaterialien (DVPB 2014)

http://blog.dvpb.de/wp-content/uploads/2015/03/DVPB_Transparenz_Kodex_fuer_Unterrichtsmaterialien.pdf

Frankfurter Erklärung: Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung

https://de.wikipedia.org/wiki/Frankfurter_Erkl%C3%A4rung_zur_Politischen_Bildung

Fallstudie Internethetze. Entwurf einer Unterrichtsreihe über Grundrechte und Werte (Christian Fischer)

www.zsb.uni-halle.de/archiv/didaktischer-koffer/unterrichtsreihen/fallstudie_internethetze/

ausgezeichnet mit dem Walter-Jacobsen Preis der DVPB, Kategorie Praxis 2018

Aktuelle Diskussion: Neutrale Schulen

Mitnik, Philipp/Lauss, Georg/Schmid-Heher, Stefan: Was darf politische Bildung? Eine Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in Politischer Bildung. Wien 2018

https://zpb.phwien.ac.at/wp-content/uploads/Was_darf_politische_Bildung_A4.pdf

Informationsportal Neutrale Schulen Hamburg

<https://afd-fraktion-hamburg.de/neutrale-schulen-hamburg/>

GEW, Landesverband Hamburg: Haltung zeigen statt Zurückhaltung üben!

www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/haltung-zeigen-statt-zurueckhaltung-ueben

Drucksache 21/1825 vom 22.5.2018

Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf ... und Antwort des Senats

Betr.: Politische Neutralität an Hamburger Schulen – Rechtsgrundlagen und Erfassung von Verstößen

www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/62139/politische-neutralit%C3%A4t-an-hamburger-schulen-%E2%80%93-rechtsgrundlagen-und-erfassung-von-verst%C3%B6%C3%9Fen.pdf

Wie sollen Lehrkräfte mit Meldeportalen der AfD umgehen?

www.sowi-online.de/kontroverse/wie_sollen_lehrkr%C3%A4fte_meldeportalen_afd_umgehen.html

Dürfen Lehrer ihre Meinung sagen? (Hanna Knuth, DIE ZEIT 20.6.2018)

www.zeit.de/2018/26/afd-lehrer-neutralitaetsgebot-beschwerde/komplettansicht

Kurt Edler

Lehrer dürfen nicht neutral sein (TAZ 2.10.2018)

www.taz.de/!5538920/

PGW und Gesellschaft an Hamburger Schulen

Hedtke, Reinhold/Gökbudak, Mahir: Ranking Politische Bildung 2017. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I. Bielefeld 2018

<https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2917207>

Busch, Matthias/Grammes, Tilman: PGW Politik – Gesellschaft – Wirtschaft: ein neues Fach an Hamburger Gymnasien. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. Hamburger Studententexte Didaktik Sozialwissenschaften, Bd. 2. Universität Hamburg 2009

www.ew.uni-hamburg.de/ueber-die-fakultaet/personen/grammes/files/hsds-2-2009.pdf

Materialien PGW. Starthilfe zu den Themenbereichen des Rahmenplans Gymnasium Sekundarstufe I. Unterrichtsmodelle, Materialien, Links. Hamburg: Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung 2005

www.ew.uni-hamburg.de/ueber-die-fakultaet/personen/grammes/files/materialien-pgw.pdf